Medienkommentar

Einstimmung auf Krieg? – Politiker planen neues Gesetz in Deutschland



Im September 2026 wird der deutsche Bundestag über das neue Reservestärkungsgesetz beraten. Reservisten sollen auch außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls verpflichtend herangezogen werden können. Die Bundeswehr soll auf 460.000 Soldaten aufgestockt werden. Unentgeltliche Uniformen für frühere Soldaten sollen die Präsenz der Bundeswehr im Alltag erhöhen, usw. Doch was als Abschreckung zur Friedenssicherung dargestellt wird, kann von der Gegenseite leicht als Provokation interpretiert werden. Höchste Zeit, sich den Plänen der Kriegstreiber entschieden entgegenzustellen.

Die Bundesregierung hat am 1. Juli 2026 den vom Verteidigungsministerium vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Reserve beschlossen. [2] Anfang 2027 soll das „Gesetz zur Stärkung der Reserve“ in Kraft treten. [1] Im September dieses Jahres sollen die parlamentarischen Beratungen dazu beginnen. [3] Das Gesetz soll angeblich notwendig sein, um die Bundeswehr kriegstauglich und einsatzbereit zu machen, damit potentielle Gegner glaubhaft abgeschreckt werden können. Zudem müsse die Bundesrepublik den Bündniserwartungen als EU- und NATO-Mitglied gerecht werden, heißt es in der Gesetzesbegründung. [4] Deutschland soll anscheinend eine militärische Führungsrolle in der NATO einnehmen. [5]
Das Reservestärkungsgesetz soll dazu beitragen, die Bundeswehr auf 460.000 Soldaten aufzustocken – dazu sollen mindestens 200.000 Reservisten gehören.

Beim Lesen des Gesetzesentwurfs wird schnell klar, dass sich dieser in eine ganze Reihe von Plänen und Vorhaben einreiht. Deren gemeinsames Ziel ist es, alle Hebel in Gang zu setzen, um einen schnellen Zuwachs der Streitkräfte zu erreichen und die Bevölkerung auf Krieg einzustellen. [8] So sollen Reservisten künftig auch außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls verpflichtend herangezogen werden können – die Altersgrenze dafür soll ebenfalls angehoben werden.

Einige Juristen haben große Zweifel, ob der Gesetzesentwurf mit dem Grundgesetz vereinbar ist, da er unverhältnismäßig in das Grundrecht der Berufsfreiheit eingreife. [6] Bisher galt bei der Reserve das Prinzip der doppelten Freiwilligkeit. Wer also nach der Bundeswehrzeit ins zivile Leben zurückgekehrt ist, konnte nur dann zu einem Reservedienst eingezogen werden, wenn er selbst und sein Arbeitgeber dem zustimmte. [3] Nun soll der Reservedienst für frühere Soldaten zur Pflicht werden, und ein Mitspracherecht ihrer Betriebe ist nicht mehr vorgesehen. [7]
Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände kritisierte das Gesetz scharf. Es gefährde die Planungssicherheit der Unternehmen und führe zu massiven Betriebsstörungen und dem Verlust der Planbarkeit. [8]

Um Reservisten im Bedarfsfall ohne Verzögerung heranziehen zu können, sollen sie einheitlich registriert werden. Dazu heißt es im Entwurf auf S. 94:

„Die Aufnahme des Registers ermöglicht die Nutzung der Identifikationsnummer für die Zuordnung der Datensätze zu einer Person und damit eine weitgehende Datenrichtigkeit auch in Fällen von Namensänderungen, Geschlechtsänderungen oder vergleichbaren die Grunddaten verändernden Ereignissen.“
Dies reiht sich nahtlos in die Bemühungen vieler Staaten ein, die Bürger stärker zu überwachen und Abweichler bestrafen zu können. Ob digitale ID, digitale Impfpässe, digitales Zentralbankgeld – keiner soll sich staatlichen Anordnungen entziehen können. Kla.TV berichtete in mehreren Sendungen darüber. [www.kla.tv/41743, www.kla.tv/40587, www.kla.tv/31115, etc.]

Zudem soll auch die Bevölkerung immer mehr auf Krieg eingestimmt und daran gewöhnt werden, dass Soldaten zum Alltag gehören. Dazu sieht das Gesetz (im neu eingefügten § 3 Abs. 1 ResStG-E) die Möglichkeit vor, früheren Soldaten unentgeltlich Uniformen zu überlassen. Dies diene der Stärkung der gesellschaftlichen Verankerung der Reserve durch eine höhere Sichtbarkeit, z.B. bei Veranstaltungen der Bundeswehr, Veteranentagen etc. Die Präsenz von Soldaten soll anscheinend Alltagsrealität werden. Kosten soll dies den Steuerzahler zusätzliche 20 Mio. Euro pro Jahr.

Zu den NATO-Bündnisverpflichtungen, die der Gesetzesentwurf helfen soll, umzusetzen, gehört u.a. auch der Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU). [https://oplan.de/] Auf diesen geht Kla.TV in einer separaten Sendung ein.

Auch wenn man sich wie die Reserve selbst als „Die stärkste Friedensbewegung Deutschlands“ bezeichnet, [10] wird sich dies als Bumerang erweisen. Statt Krieg abzuwehren, könnte das personelle Wettrüsten – ganz im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung – sehr leicht im Krieg statt im Frieden enden. Denn was als Abschreckung zur Friedenssicherung dargestellt wird, kann von der Gegenseite leicht als Provokation oder Aggression interpretiert werden und zu entsprechenden Gegenreaktionen führen. So entsteht in Kürze ein Teufelskreis des Wettrüstens und der Gewalt, die sich gegenseitig hochschaukelt bis zur Eskalation.
Doch dies ist den beteiligen Akteuren und Verantwortungsträgern sicher allzu bewusst!

Warum soll die Bevölkerung auf Krieg eingestellt werden?
Kla.TV hat in vielen Sendungen aufgezeigt, dass Kriege NIE der Bevölkerung dienen. [www.kla.tv/9869, www.kla.tv/38893, www.kla.tv/37903] Kriege dienen nur den Mächtigen und werden für ihre Ziele heraufbeschworen. Dieses Spiel gilt es zu durchschauen und die Drahtzieher an die Front zu schicken. [www.kla.tv/38302] Warum sollen junge Leute, die sich nicht kennen, sich gegenseitig umbringen müssen – zum alleinigen Profit von Mächtigen, die sich sehr wohl kennen?

Zudem ist seit Jahrzehnten bekannt und klar belegt, dass friedliche Methoden des Widerstands viel effektiver und erfolgreicher sind als militärische Verteidigung. Kla.TV berichtete darüber in der eingeblendeten Sendung [www.kla.tv/39859].

Was können Sie gegen diese düsteren Entwicklungen tun? Auch dieser Gesetzesentwurf kann als Weckruf dienen, sich zu besinnen und sich mit allen zur Verfügung stehenden Kräften für den Frieden einzusetzen. Noch ist es nicht zu spät!
Deshalb gilt es JETZT, seine Stimme zu erheben:
Es braucht nicht nur ein klares „NEIN!“ zum Reservestärkungsgesetz, sondern auch ein

entschiedenes „NEIN!“ zu jeder weiteren Form der Kriegsvorbereitung!

Zeigen Sie zum Beispiel Gesicht und setzen Sie ein Statement gegen Krieg.
[Mach mit beim neuen Lied – setz ein Statement gegen Krieg: www.kla.tv/41948]

Laden Sie Ihr „Nein“ bis spätestens zum 1. September 2026 hier hoch:
www.kla.tv/schild-upload

Ausschnitte aus dem Lied „Wir sagen NEIN“ [https://www.kla.tv/41771]

Wir sagen NEIN
Wenn sie schon wieder nach Kriegen schrei‘n
Wenn sie uns sagen, es muss so sein

Wir sagen NEIN – kein Tod für ihre Interessen
dass wir für sie sterben, können sie vergessen
wir sagen NEIN!

[…]

Wir sagen JA
Zu echtem Frieden und auch zum Leben
Für dich und mich, einfach für jeden
Sagen wir JA!

von jsa.

Quellen:

[1] „Ohne starke Reserve werden wir nicht verteidigungsfähig sein“:
https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/nachgefragt-staerkung-reserve-6117266

[2] Reservestärkungsgesetz: Einsatzbereite Reserve – abwehrbereite Truppe:
https://www.bmvg.de/de/aktuelles/regierung-billigt-reservestaerkungsgesetz-6118026

[3] Neues Bundeswehr-Gesetz: Warum es auch dich betreffen könnte – obwohl du nie gedient hast: https://www.wmn.de/job/bundeswehr-gesetz-2026-reservestaerkungsgesetz-job-id847090

[4] Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Reserve(Reservestärkungsgesetz – ResStG):
https://www.bmvg.de/resource/blob/6118100/48cbb651e82a8cc174ed551ff7090106/entwurf-reservestaerkungsgesetz-data.pdf(insbesondere S. 1, 60-63, 72, 84, 93-94)

[5] USA: Deutschland soll in der Zukunft NATO-Führung übernehmen:
https://de.euronews.com/2025/11/26/usa-deutschland-soll-in-der-zukunft-nato-fuhrung-ubernehmen

[6] Wehrpflicht für Reservisten?
https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/reservestaerkungsgesetz-geplant-reservisten-wehrpflicht-einmal-soldat-immer-soldat

[7] Arbeitgeber im Konkurrenzkampf mit der Bundeswehr:
https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/reservestaerkungsgesetz-warum-betriebe-das-bundeswehr-gesetz-kritisieren-accg-200881716.html

[8] Reservestärkungsgesetz: Arbeitgeber warnen vor Zwangseinberufungen:
https://www.boerse-express.com/news/articles/reservestaerkungsgesetz-arbeitgeber-warnen-vor-zwangseinberufungen-911686

Pistorius plant Gesetzesänderung: Arbeitgeber kritisieren Pflicht-Reservedienst:
https://audimax.de/politik/pistorius-plant-gesetzesanderung-arbeitgeber-kritisieren-pflicht-reservedienst/

[9] Operationsplan Deutschland – Ein militärisches Kernelement an der Gesamtverteidigung:
https://www.bundeswehr.de/de/organisation/operatives-fuehrungskommando-der-bundeswehr/auftrag-und-aufgaben/operationsplan-deutschland

[10] Auf die „stärkste Friedensbewegung Deutschlands“ kommt es auch im Jahr 2025 an:
https://www.reservistenverband.de/magazin-die-reserve/neujahrsbotschaft-2025/

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

#Kriegstreiberei - www.kla.tv/Kriegstreiberei

#Deutschland - www.kla.tv/deutschland

#Bundeswehr - www.kla.tv/Bundeswehr

#NATO - www.kla.tv/NATO

#Ueberwachung - Totalüberwachung - www.kla.tv/Ueberwachung

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...

- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz: Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.